

Kernpunkte 2

Februar 2013 / Kurzdokumentation zur Kernenergie Diskussion: Tatsachen und Argumente

Energiestrategie 2050: Vernehmlassungsantworten von Schweizer Parteien

Als einzige grosse Partei lehnt die SVP die Energiestrategie 2050 vollumfänglich und entschieden ab. Sie fordert, dass sämtliche Massnahmen und gesetzlichen Anpassungen in einem referendumsfähigen Rahmengesetz zusammengefasst werden, «damit das Volk demokratisch darüber befinden kann». Für die FDP gehört ein Verbot einzelner Energieproduktionsarten nicht zu einer liberalen, realistischen und vorausschauenden Energiepolitik, wie die Partei sie sich wünscht. Die FDP verlangt klare und langfristig verlässliche Rahmenbedingungen anstelle neuer Abgaben und Subventionen. Die CVP ist überzeugt von der Stossrichtung und der Vielfalt der Massnahmen und einverstanden mit dem Zeithorizont sowie der Etappierung. Den Ausstieg aus der Kernenergie betrachtet sie als Chance für die Schweiz, da der damit verbundene Ausbau der Erneuerbaren die regionale Wirtschaft stärken und Arbeitsplätze schaffen. Die SP bezeichnet die Vorlage als gesamthaften Plan, der die Abhängigkeit von der fossilen Energie und somit die Auslandsabhängigkeit reduzieren werde. Die SP fordert wie die Grüne Partei der Schweiz definitive Abschaltzeitpunkte für die bestehenden Kernkraftwerke.

Energiestrategie 2050: Stellungnahmen der Kernkraftwerksbetreiber

Die Alpiq AG bemängelt gravierende Lücken in der Energiestrategie 2050. Sie geht davon aus, dass der Umbau des Energiesystems vom Volk kommt. Sie fordert die Öffnung des Schweizer Strommarktes, da sonst ein Stromabkommen mit der EU unmöglich und die Versorgungssicherheit in Gefahr sei. Erst wenn Planungs- und Rechtssicherheit für langfristige Investitionen gegeben seien, könne sich die Alpiq für das Gesamtpaket aussprechen. Auch die Axpo

Holding AG erwartet eine realistische und umsetzbare Vorlage, die Planungs- und Rechtssicherheit schafft. Das Unternehmen anerkennt zwar, dass die künftige Energieversorgung aus heutiger Sicht ohne Ersatz der Kernkraftwerke sichergestellt werden muss, lehnt jedoch die Vernehmlassungsvorlage in wichtigen Teilen ab. Für die Axpo steht eine sichere, wettbewerbsfähige und von der Gesellschaft getragene Energieversorgung an erster Stelle. Die BKW AG unterstützt zwar die Prioritäten der Energiestrategie 2050, sieht jedoch erhebliches Verbesserungspotenzial. Die Vorlage zielt laut BKW einseitig auf den Stromabsatz und schadet der Umsetzung der Energiestrategie. Die Ziele bei erneuerbaren Energien, Wasserkraft und Stromverbrauch seien sehr ehrgeizig und es seien Verbesserungen der Rahmenbedingungen nötig, um sie zu erreichen. Die drei Unternehmen bieten ihre konstruktive Mitarbeit bei der Überarbeitung der Energiepolitik an.

Energiestrategie 2050: Stellungnahme von swisselectric

Laut swisselectric steht bei der Vorlage des Bundesrates zu sehr der Strom im Zentrum, als dass es sich dabei tatsächlich um eine Energiestrategie handeln könnte. Swisselectric lehnt den Anschluss der Kernenergie ab, da er das Ziel einer diversifizierten Stromversorgung torpediere. Der Verband vermisst die konkrete Ausgestaltung einer Energiestrategie 2050 und die Berücksichtigung ihrer politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Konsequenzen. Die Massnahmen sollen marktwirtschaftlich ausgestaltet werden und die vollständige Öffnung des schweizerischen Strommarktes müsse integraler Bestandteil der Energiestrategie sein. Insbesondere bemängelt swisselectric, dass mit den bisher vorgelegten politischen Massnahmen erst die Hälfte der Ziele erreicht wird und dass die Diskussion um die zweite Etappe auf später verschoben wird. Zudem erschwere der Ausstieg aus der

Redaktion:
M.-F. Aepli, R. Bilang,
M. Brugger, M. Rey,
M. Schorer, D. Stebler

Nuklearforum Schweiz
Postfach 1021
3000 Bern 14
Telefon 031 560 36 50
Telefax 031 560 36 59
info@nuklearforum.ch
www.nuklearforum.ch

Erscheint 12-mal jährlich
ISSN 1421-0347

© 2013 by Nuklearforum Schweiz

Kernenergie das Erreichen der ambitionierten Klimaziele deutlich. Swisselectric erwartet vom Bundesrat rasch eine überarbeitete, fundierte und realistische Vorlage.

Energiestrategie 2050: Stellungnahme des VSE

Der Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen (VSE) unterstützt zwar die Stossrichtung der Energiestrategie 2050, fordert jedoch Überarbeitungen und Erweiterungen in wesentlichen Punkten. Der VSE kritisiert, dass die Strategie auf isolierte Einzelmassnahmen aufbaut und verlangt, dass der Ausbau von Produktion, Netz und Speicherung abgestimmt erfolgt. Das bisherige Fördersystem sei zu entbürokratisieren und es seien Anreize für eine nachfragegerechte Produktion mit Erneuerbaren zu schaffen. Anstelle von Einsparquoten für Stromlieferanten fordert der Verband, dass die Energieeffizienz mit bewährten Instrumenten erhöht wird. Der VSE setzt sich gegen die Subventionierung fossiler Energien ein und fordert gleiche Rahmenbedingungen für Wärmekraftkopplungs-Anlagen und Gaskombikraftwerke.

Bevölkerung hält Schweizer Kernkraftwerke für sicher, ...

Die neueste Umfrage, die das Marktforschungsinstitut Demoscope im Auftrag der swissnuclear Ende September 2012 durchgeführt hat, zeigt, dass anderthalb Jahre nach dem Reaktorunfall in Japan der sogenannte Fukushima-Effekt am Abklingen ist: So waren 74% der Befragten von der Sicherheit der Schweizer Kernkraftwerke überzeugt, während es 2011 68% gewesen waren.

... will Versorgungssicherheit ...

Von zentraler Bedeutung für die Schweizerinnen und Schweizer sind Unabhängigkeit vom Ausland und Versorgungssicherheit. So wollten 75%, dass der Strom auch in Zukunft in der Schweiz produziert wird (2011: 73%). 70% waren der Ansicht, dass es ohne zusätzliche Investitionen in Kraftwerke aller Art in naher Zukunft zu einer Stromlücke kommt; 2011 waren es 72% gewesen. Zwei Drittel der Befragten waren davon überzeugt, dass diese Stromlücke nur mit neuen Grosskraftwerken geschlossen werden kann.

... und ist preisbewusst

Für 84% der Befragten war klar, dass die Neuausrichtung der Energiepolitik die Versorgungssicherheit nicht gefährden darf. Für 80% durften die Pläne des Bundes zu keiner grösseren Abhängigkeit vom Ausland führen. Und 58% wollten den heutigen Strommix von Wasser und Kernenergie beibehalten, falls die Kosten und Auswirkungen der Energiewende unklar sind. Ein starkes Argument für die Kernenergie bleibt der Strompreis: Eine deutliche Mehrheit von 63% anerkannte den Preisvorteil der Kernenergie (2011: 49%).

Deutsche Energiewende kostet womöglich 1000 Milliarden Euro

In einem Interview mit der «Frankfurter Allgemeinen Zeitung» vom 19. Februar 2013, erklärte Peter Altmaier, deutscher Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, die Kosten für die Reform und Umstrukturierung des deutschen Energiesektors könnten sich bis zum Ende der 2030er-Jahre auf umgerechnet rund 1230 Milliarden Franken summieren. «Wenn wir nichts dagegen tun, werden wir diese Grössenordnung erreichen», so Altmaier. Gut zwei Drittel davon machen laut Altmaier Zusagen für Einspeisevergütungen aus. Dazu kämen die Kosten für Netzausbau, Sicherstellung der Reservekapazitäten, Forschung und Entwicklung, Elektromobilität und energetische Gebäudesanierungen hinzu, präzisierte er. Mit der von ihm und Wirtschaftsminister Philipp Rösler vorgeschlagenen «Strompreisbremse» könnten Ausbaucosten von umgerechnet bis zu 370 Milliarden Franken eingespart werden.

Die «Kernpunkte» können Sie auch als elektronischen Newsletter unter www.nuklearforum.ch bestellen.